

Der Krise mit Nachhaltigkeit begegnen

Leitlinien für eine zukunftsfähiger Haushaltspolitik für Dresden

Vorgelegt von Michael Schmelich zur Beratung im Stadtvorstand und Fraktion für eine Beschlussfassung in der Mitgliederversammlung am 17.6.2020

Ausgangslage

Die Bekämpfung der Corona-Pandemie führt zu einschneidenden Veränderungen in den Öffentlichen Haushalten. Unerwartete Mehrausgaben und einschneidende Verminderungen der Einnahmen werfen aktuelle Haushaltspläne inkl. mittelfristiger Finanzplanungen über den Haufen. Bund und Länder sowie die Europäische Union haben sehr entschlossen auf diese veränderten Bedingungen mit gigantischen Hilfsprogrammen reagiert und wollen mit üppigen kreditfinanzierten Konjunkturprogrammen der Krise begegnen.

Die kommunalen Finanzen rücken bei diesen Überlegungen gerade jetzt in den Fokus, schließlich sind kommunale Investitionen und die Sicherung der sozialen, kulturellen und urbanen Infrastruktur zentrale Herausforderungen der aktuellen Krise.

Nach der aktuellsten Schätzung der Kämmerei ergeben sich folgende Mindereinnahmen (gegenüber der Mittelfristigen Finanzplanung 2019):

Gewerbesteuer	2020-23	ca. 240 Mio €
Einkommenssteuer	2020-23	ca. 93 Mio €
Allg. Schlüsselzuweisungen	2020-23	ca. 105 Mio €
Invest. Schlüsselzuweisungen	2020-23	ca. 17 Mio €
Insges. Mindereinnahmen	2020-23	ca. 455 Mio €

Hinzu kommen erhebliche Mindereinnahmen allein für 2020 (z.B. Beherbergungssteuer, Parkraumbewirtschaftung, Eintrittserlöse) und Mehrausgaben (z.B. Städt. Klinikum, KdU, Soforthilfen, Testungen, Personalkosten) in Höhe von mindestens 57 Mio €.

Darüber hinaus sind die Auswirkungen für die Städtischen Unternehmen (vor allem jene, die im Querverbund unter dem Dach der TWD wirken) noch nicht final absehbar.

Trotz des beschlossenen Schutzschirms des Freistaates und umfangreicher Maßnahmen des Bundes, mit denen die Mindereinnahmen bei der Gewerbesteuer und die erwarteten Mehrausgaben bei den Kosten der Unterkunft kompensiert werden sollen, entstehen Finanzierungslücken, die vor allem ab dem Jahr 2021 neue Haushaltsstrategien erfordern. Unter Einbeziehung aller bekannten Maßnahmen des Bundes und des Freistaates ist mit einem Finanzierungsdefizit bis 2023 von ca. 300 Mio € zu rechnen.

Der Freistaat hat anerkannt, dass die Einnahmelücken und Ausgabensteigerungen nicht mit den geltenden haushaltsrechtlichen Instrumenten und Regulierungen zu lösen sind und hat deshalb für die Kommunen die Möglichkeiten der Finanzierung, auch über höhere Kassenkredite, erweitert.

Für eine nachhaltige Haushaltspolitik in Dresden

Die Finanzierungslücken sollen nach dem Willen des Oberbürgermeisters größtenteils durch Sparmaßnahmen in den nächsten Haushalten und durch weitere Hilfen von Bund und Land kompensiert werden. Demnach sollen alleine im nächsten Doppelhaushalt 2021/22 jährlich über 100 Mio € Einsparungen realisiert werden. Nach gegenwärtigem Stand will die LHD am stickten Verbot der Hauptsatzung einer Nettokreditaufnahme festhalten.

Bündnis 90 / Die Grünen vertreten haushaltspolitisch einen klaren, verantwortungsvollen und nachhaltigen Kurs. Für eine langfristige Entwicklung Dresdens ist es schädlich, die Wirtschaftskrise durch pauschale Ausgabenkürzungen und Verschiebungen von Investitionen zu verschärfen. Dadurch werden gewachsene Strukturen zerstört und ein wirtschaftlicher und sozialer Abwärtssog befördert. Dresdens

53 Anziehungskraft für Unternehmen, Fachkräfte und Touristen basiert auch auf einer guten
54 Bildungsstruktur, einer vielfältigen Kulturlandschaft und nicht zuletzt eines hohen Freizeitwertes für
55 Einwohner und Gäste. Wir können es uns nicht leisten, diese Standortvorteile durch die Pandemie zu
56 gefährden.

57
58 Gerade in der Krise muss die öffentliche Hand verlässlich und weitblickend agieren und dabei sowohl die
59 Daseinsvorsorge der Bürger*innen in den Fokus nehmen als auch die enormen Herausforderungen
60 durch Zukunftsinvestitionen sicherstellen. Gefahren wie der Klimawandel sind für die Stadtkasse größer
61 als die jetzigen der Corona-Pandemie. Insbesondere Maßnahmen zur CO₂-Einsparung und zur
62 Klimawandelanpassung sind zur Schadensvermeidung essentiell und dulden keinen Aufschub.

63
64 Davon unbenommen sind eine sparsame Haushaltsführung und Priorisierungen bei den
65 Ausgabenentscheidungen unvermeidlich. Nicht alle geplanten Vorhaben werden sich in den
66 ursprünglich vorgesehenen Zeitrahmen realisieren lassen.

67
68

69 **BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN werden der enormen Herausforderung durch die Coronakrise mit**
70 **folgenden Grundsätzen begegnen.**

71

- 72 1. Wir lehnen Sparhaushalte mit pauschalen Leistungseinschränkungen für die Bürger*innen und
73 zu Lasten von notwendigen Investitionen in Bildung, Klimaschutz etc. ab, ohne die
74 Notwendigkeit zu verkennen, dass Prioritäten neu verhandelt werden müssen.
- 75 2. Die bisherige Förderpraxis bei kulturellen, sozialen und Stadtteilaufgaben muss weitestgehend
76 beibehalten werden. Kommunale Infrastruktur - auch bei Freien Trägern - muss auf dem
77 bestehenden Niveau gesichert werden.
- 78 3. Die Leistungsfähigkeit der öffentlichen Verwaltung darf nicht durch einschneidende Kürzungen
79 bei den Personalausgaben gefährdet werden.
- 80 4. Besonders von der Corona-Pandemie betroffenen Branchen (Tourismus, Veranstaltungen,
81 Gastronomie, Freizeit) muss mit einem Sicherungskonzept auch kommunal geholfen werden.
- 82 5. Beschlossene Investitionen dürfen nicht alleine aus Finanzierungsgründen in die Zukunft
83 verschoben und notwendige Klimaschutzmaßnahmen, z.B. durch Investitionen in die
84 Radverkehrsinfrastruktur müssen vorgezogen werden.
- 85 6. Transparenz und Haushaltswahrheit müssen durch ein aktives und zeitnahes Monitoring der
86 tatsächlichen Finanzsituation unter aktiver Einbindung des Stadtrates sicher gestellt werden.
87 Deshalb sind bis auf weiteres auch Jahreshaushaltssatzungen aufzustellen.
- 88 7. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN lehnen Haushaltssperren als ein Mittel der alleine durch die
89 Verwaltung vorgenommenen Haushaltsbewirtschaftung ab.
- 90 8. Die Coronakrise und ihre mittelfristigen Finanzierungsauswirkungen lassen sich nicht im Rahmen
91 der konventionellen Haushaltspolitik Dresdens mit dem Verbot einer Nettokreditaufnahme
92 lösen. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich deshalb für die Bildung eines Corona-
93 Sondervermögens ein, mit dem kapitalmarktfinanziert die Auswirkungen der Krise in den
94 nächsten fünf Jahren abgefedert werden und eine flexible Rückführung der Mittel ermöglicht
95 wird. Dieses Ziel ließe sich auch mit der Beteiligung Dresdens an einer auf Landesebene
96 einzurichtenden „Landeskasse“ erreichen.
- 97 9. Die Investitionsfähigkeit städtischer Unternehmen muss gesichert bleiben und die Finanzierung
98 des ÖPNV und der Bädergesellschaft durch den städtischen Querverbund der TWD strategisch
99 neu ausgerichtet werden. Das kann u.a. durch die Öffnung des Wirtschaftsstabilisierungsfonds
100 für kommunale Unternehmen, die Öffnung des KfW-Darlehen-Sonderprogramms für
101 kommunale Unternehmen und die Begünstigung von Investitionen hin zur Brutto-
102 Klimaneutralität der kommunalen Unternehmen erreicht werden.